

zu TOP

Mainz, 19.05.2022

Anfrage 0719/2022 zur Sitzung am 01.06.2022

Vollmitgliedschaft der Stadt Mainz im RMV (SPD)

Seit der Gründung des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV) im Jahr 1995 ist die Landeshauptstadt Mainz über den Verkehrsverbund Mainz-Wiesbaden mit dem RMV assoziiert und wirkt beratend im Aufsichtsrat und in den Fachgremien des RMV mit. Geschäftsanteile an der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH besitzt die Landeshauptstadt Mainz jedoch nicht. Sie ist damit kein stimmberechtigter Gesellschafter und somit auch nicht Vollmitglied im RMV. Als drittgrößte Stadt im RMV-Gebiet erbringt die Landeshauptstadt Mainz durch die Mainzer Mobilität einen erheblichen Anteil der Verkehrsleistung. Genauso erzielt die Mainzer Mobilität/Mainzer Verkehrsgesellschaft ihre Einnahmen überwiegend im Tarif des RMV. Somit unterliegt Mainz dem Tarif-Regime des RMV, kann jedoch aufgrund des fehlenden Stimmrechts leider keinen Einfluss im Aufsichtsrat des RMV auf die Tarifgestaltung nehmen. Schmerzlich zu spüren war dies im Januar 2022, als der RMV-Aufsichtsrat gegen den Willen der Stadt Mainz eine überproportionale Preiserhöhung beschlossen hatte.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Wie bewertet die Verwaltung eine Vollmitgliedschaft der Landeshauptstadt Mainz im RMV bzw. den Erwerb von Geschäftsanteilen an der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH? Welche Kosten-/Nutzenbetrachtung liegt dieser Bewertung zugrunde?
2. Gibt es gegenwärtig Bestrebungen bzgl. einer Mainzer Vollmitgliedschaft im RMV?
3. Wie würde sich der Prozess hin zu einer Mainzer Vollmitgliedschaft im RMV gestalten?

gez.
Alexandra Gill-Gers
Fraktionsvorsitzende

f. d. R.
Sascha A. Fricke
Fraktionsgeschäftsführung